

A6 Wir wollen noch ein bisschen tanzen - Berlins Clubkultur stärken!

Antragsteller*in: Jana Brix, Laura Neugebauer

Tagesordnungspunkt: 4. GJ B Positionen für das Superwahljahr

Antragstext

Clubs und ihr Programm sind für uns selbstverständlich Teil der Berliner Kulturlandschaft. Neben ihrer wirtschaftlichen Funktion treten sie auch kulturelle, soziale und politische Akteur*innen auf. Die Clubkultur bildet einen eigenen kreativwirtschaftlichen Bereich und präsentiert gleichzeitig ein kurartiertes, künstlerisches Programm. Clubs sollten deswegen als Kulturorte anerkannt und auch wie Kulturstätten behandelt werden.

Berlins Clubkultur ist typischer Teil der urbanen Vielfalt und bedeutender Wirtschaftsfaktor, doch geraten die Standorte zunehmend unter Druck in der enger werdenden Stadt. Das Unfertige, Unkonventionelle und Experimentelle kann heute aufgrund von Platzmangel kaum noch organisch entstehen und die bestehenden Clubs brechen der Reihe nach weg. Wir wollen Berlins lebendige Clubkultur erhalten, Standorte sichern, sie mit Schallschuttmitteln ausstatten, neue Flächen bereitstellen und bei Konflikten mit Anwohner*innen für einen fairen Interessenausgleich sorgen. Bei Bauvorhaben neben Clubstandorten sollen Investor*innen den Schallschutz von Anfang an berücksichtigen. Daher unterstützen wir die Durchsetzung des Agent-of-Change-Prinzips. Der Schallschutzfonds soll langfristig eingerichtet und deutlich erhöht werden. Wir wollen aber nicht beim Schallschutz bleiben, sondern fordern finanzielle Unterstützung für Clubs auch bei anderen Nutzungskonflikten. Beim Entwurf neuer Stadtquartiere sollen Clubs von Anfang an an geeigneten Stellen eingeplant werden. Dabei soll ein verbindliches Clubkataster helfen. Wir fordern, dass die Zwischennutzung von Räumen durch Clubs gefördert wird. Durch eine Anpassung des Grünanlagengesetzes sollen kontrollierte Free Open Airs ermöglicht werden. Mit all diesen Maßnahmen wollen wir vor allem kleinere Clubs schützen, die es noch schwerer haben, bezahlbare Räume zu finden und bei dem hohen finanziellen Druck zu bestehen.

In Berlin gibt es eine Vielfalt an Clubs, die sich an verschiedene subkulturelle Gruppen, Musikgeschmäcker oder Tanzvorlieben richten. Dabei erfüllen Clubs auch die Funktionen eines safer spaces zum Beispiele für queere Personen. Clubs sollen weiterhin das Recht haben, ihre Türpolitik so auszurichten, dass sie ihr Publikum in diesem Sinne an der Tür vorsortieren. Wir erwarten aber, dass sie dabei keine Menschen diskriminieren und aufgrund von Diskriminierungsmerkmal ausschließen. Deswegen fordern wir die Erarbeitung eines verbindlichen Leitbilds zur Antidiskriminierung in Clubs und Diskotheken. Daran orientiert sollen Clubs unter anderem Konzepte zur Türpolitik und Awareness erarbeiten. Um sicherzustellen, dass die Clubs sich auch wirklich an dieses Leitbild halten, Maßnahmen entwickeln und diese einhalten, sollen Evaluationen in Verbindung mit Testings in den Clubs durchgeführt werden. Wichtig ist uns dabei, dass nicht nur die Clubs Maßnahmen erarbeiten, die sich eh schon mit Diskriminierung beschäftigen, sondern auch solche Clubs und Diskotheken, die sich in diesem Bereich bis jetzt noch gar nicht engagiert haben. Deshalb ist die Verbindlichkeit des Leitbilds unverzichtbar. Antidiskriminierungsschulungen für Club- und Türpersonal sollen weiterhin angeboten und ausgebaut werden. Außerdem

- 44 wollen wir die Barrierefreiheit von Clubs voranbringen und fordern das Land auf,
45 besonders für kleinere Clubs hierfür die Mittel zur Verfügung zu stellen.